

# Datenschutzerklärung: Hinweisgebersystem

## Hintergrund

Diese Datenschutzerklärung informiert Sie über Art, Umfang und Zweck der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die datenschutzrechtliche Verantwortliche gem. Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

## Anwendungsbereich und Verantwortung

Die Verantwortliche für die Datenverarbeitung im Hinweisgeberprozess und -system ist: LebensWelt gemeinnützige Gesellschaft für Förderung von Familie, Jugend, Arbeit und Gesundheit mbH ("LebensWelt", "wir")

Ollenhauerstraße 127  
13403 Berlin  
Tel.: 030 61 62 56 01  
Fax: 030 61 62 56 26  
[info@lebenswelt.de](mailto:info@lebenswelt.de)  
[www.lebenswelt.de](http://www.lebenswelt.de)

## Datenschutzbeauftragter

Wir haben einen Datenschutzbeauftragten bestellt, die Kontaktdaten sind:

Agentia Wirtschaftsdienst  
Budapester Straße 31  
10787 Berlin  
Tel: 030 / 21 96 43 90  
Kontakt: [datenschutz@lebenswelt.de](mailto:datenschutz@lebenswelt.de)

# Verarbeitung Ihrer Daten

## Hinweisgebersystem

### Zweck

LebensWelt hat gesetzliche Pflichten zur Durchführung eines Hinweisgeberprozesses („Whistleblowing“) zu erfüllen. Zu diesem Zweck wurde ein Prozess definiert und ein elektronischer Meldeweg implementiert. Dabei werden personenbezogene Daten von Hinweisgebenden, ggf. Beschuldigten und Zeug:innen sowie den jeweiligen Bearbeitenden gespeichert und genutzt.

### Kategorien verarbeiteter Daten

Beim Eingang einer Meldung werden vom/von der Hinweisgeber:in die E-Mail-Adresse und der Inhalt der Meldung gespeichert. Sofern angegeben, werden auch weitere Kontaktdaten wie z. B. der Name gespeichert. Bei der Ermittlung des Sachverhaltes werden dann ggf. weitere Daten von Beschuldigten und Zeug:innen und inhaltliche Angaben zum Sachverhalt ergänzt.

Die nachstehend aufgeführten personenbezogenen Daten können Gegenstand der Verarbeitung in Bezug zu der jeweiligen Betroffenenkategorie sein:

Personen, die einen mutmaßlich unethischen oder rechtswidrigen Sachverhalt melden

- Kontaktdaten
- persönlich beobachtete Tatsachen, die den Verdacht auf unethische oder rechtswidrige Handlungen begründen könnten

Personen, die dadurch verdächtigt werden, sich unethisch oder rechtswidrig verhalten zu haben

- persönlich beobachtete Tatsachen, die den Verdacht auf unethische oder rechtswidrige Handlungen begründen könnten

Andere Personen, wie z. B. Zeug:innen

- persönlich beobachtete Tatsachen, die den Verdacht erhärten oder entkräften

Personen, die die Fälle bearbeiten

- Dokumentation der Untersuchungstätigkeit

### **Kategorien von Empfangspersonen**

Initiale Empfängerin der Meldung ist die Qualitätsmanagementbeauftragte und in Vertretungssituationen die Beauftragte der Öffentlichkeitsarbeit. Diese wird die Meldung auch initial bearbeiten. Je nach Sachverhalt und Erforderlichkeit werden weitere Stellen in die Bearbeitung einbezogen. Das können interne Stellen sein wie z. B. die Personalabteilung, die Finanzabteilung und die Geschäftsführung, aber auch externe Stellen wie Anwaltskanzleien oder Strafverfolgungsbehörden. Bei der Offenlegung von Informationen wird auf die Vertraulichkeit geachtet.

### **Drittstaaten-Datentransfer**

Es findet ein Drittstaaten-Datentransfer mit der Zertifizierung nach dem EU-U.S. Data Privacy Framework statt.

*Microsoft Corporation*

One Microsoft Way

Redmond, WA 98052-6399

USA

### **Speicherdauer bzw. deren Kriterien**

Die Daten werden so lange gespeichert, bis deren Zweck entfallen ist und keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten entgegenstehen.

Grundsätzlich werden die Daten drei Jahre nach Ablauf des Jahres der Erhebung aufbewahrt (regelmäßige zivilrechtliche Verjährung). Wurden die Daten Gegenstand eines Straf-, Zivilrechts- bzw. Verwaltungsverfahrens, verlängert sich die Aufbewahrung um die Dauer des jeweiligen Verfahrens.

## **Rechtsgrundlagen**

Die Datenverarbeitung erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO (Verarbeitung aufgrund rechtlicher Verpflichtungen).

## **Betroffenenrechte**

Betroffene haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen darf;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfänger:innen, gegenüber denen ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung ihrer gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung ihrer gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, sie aber deren Löschung ablehnen und die Daten nicht mehr benötigt, sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO ihre personenbezogenen Daten, die sie bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können die Betroffenen sich hierfür an die Aufsichtsbehörde ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes wenden.